FDP-Vorstoß abgelehnt

Gero Hocker: Wolf im Jagdrecht führt nicht zu Ausrottung – Sachliche Debatte jetzt noch möglich

Mittwoch 13. April 2016 - **Hannover (wbn). Mit Unverständnis hat die FDP-Fraktion auf die Weigerung der anderen Parteien reagiert, den Wolf ins niedersächsische Jagdrecht aufzunehmen.**

„Waschbär, Marderhund, Elster und Rabenkrähe – alle sind seit Jahren Teil des Jagdrechts. Und keine dieser Arten ist vom Aussterben bedroht, aber man hat seinerzeit die Erfordernis erkannt, die Population zu managen – und zwar gerade im Interesse anderer Arten und auch im Interesse des Menschen“, begründete der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion bei der Debatte im Landtag den Antrag seiner Fraktion. Genau das sei auch für den Wolf frühzeitig sinnvoll, damit eine Debatte noch sachlich geführt werden könne.

Fortsetzung von Seite 1

Der FDP-Politiker warf der rot-grünen Landesregierung vor, dass ihr das Schicksal hunderter gerissener Schafe und ihrer Halter in Niedersachsen vollkommen egal sei.

„Ihre Strategie ist klar: grüne Wähler wohnen in den Städten und nicht auf dem Land. Dass Sie sich aber sogar nach diversen Nahbegegnungen mit Menschen immer noch nicht dazu haben durchringen können, das Schießen dieser verhaltensauffälligen Tierart anzuordnen, ist ein Armutszeugnis für diese Landesregierung.“

Hocker betonte, dass die Aufnahme ins Jagdrecht mit einer ganzjährigen Schonzeit nicht bedeuten würde, den Wolf in Niedersachsen wieder auszurotten. Aber es würde vielen Menschen helfen, die täglichen Konflikten mit dem Tier ausgesetzt sind, sagte der Abgeordnete. So hätten zuletzt erst Deichschäfer angekündigt, dass sie künftig nicht mehr die Pflege der Deiche übernehmen werden, weil sie sich und ihre Tiere nicht der Angst vor einem Wolfsriss aussetzen wollen. Hocker bilanzierte: „Die Menschen resignieren, weil sie sich von rot-grüner Umweltpolitik alleine gelassen fühlen."

Hintergrund: Im Landtag wurde vor wenigen Stunden über den Antrag der FDP-Fraktion zur Aufnahme des Wolfs ins Jagdgesetz diskutiert. CDU, SPD und Grüne lehnten dies ab. Die FDP-Fraktion will eine Aufnahme bei gleichzeitiger ganzjährigen Schonzeit.